



Gesuchte Susanne Albrecht, Lang: Versteckt in Beirut

sen.“ Doch nach ihrer Abschiebung habe sie in Beirut die PLO festgesetzt.

Heftig wehrt sich der BKA-Chef auch gegen den Vorwurf, seine orientalischen Geschäfte hätten keine verwertbaren Erkenntnisse für die Terroristenfahndung gebracht. Nicht zuletzt aufgrund seiner Beziehungen zur PLO habe er wesentliche Indizien sammeln können.

So verdankt er palästinensischer Vermittlung, daß er eine schon lange gesuchte Makarov-Pistole in seine Aservaten-Kammer nehmen konnte. Die Pistole stand auf seinem Wunschzettel, weil eine Waffe gleichen Typs bei dem Mord an dem Arbeitgeber-Präsidenten Hanns Martin Schleyer benutzt wurde. Herold: „Wir können den Tatort jetzt ganz anders zum Reden bringen.“

Und PLO-Kontakte waren ihm zumindest indirekt auch bei der Suche nach deutschen Terroristen im Orient von Nutzen. Inzwischen hat der BKA-Chef herausgefunden, daß zwei im Büro von Georges Habasch in Beirut Unterschlupf fanden.

Ex-Anwalt Jörg Lang arbeitet in Habaschs Planungsstab, wohnt in den libanesischen Bergen, wechselt aber ständig sein Quartier. In Habasch-Diensten orteten die BKA-Fahnder auch die Top-Terroristin Susanne Albrecht, die verdächtigt wird, den Dresdner-Bank-Chef Jürgen Ponto ermordet zu haben. Zwar verlor Herold Ende letzten Jahres die Spur der Albrecht in Istanbul, aber der Fund der Fährte sei dennoch „eine Sensation“.

Als weiteren Posten in seiner Erfolgsbilanz wertet BKA-Herold auch seine Erkenntnisse über den Verbleib des Terroristenquartetts, das 1978 in Zagreb festgenommen, aber bald wieder freigelassen wurde.

Erst, so Herold, haben die Iraker, wie mit den Jugoslawen vereinbart, die vier in einem Ausbildungslager in einer Art Gewahrsam gehalten. Bis Herbst

bewegten sie sich im Südjemen ohne Auflage und wechselten dann nach Tunesien, bevor sie nach Zürich gereist seien, wo einer, Rolf Clemens Wagner, Ende letzten Jahres nach einem Banküberfall verhaftet wurde.

In Tunis schließlich haben Herolds Zielfahnder inzwischen die Spur weiter verfolgt und nach Überprüfung von Hotel-Meldezetteln und Flugscheinen festgestellt, daß außer Wagner auch Peter Jürgen Boock und Brigitte Mohnhaupt bis Anfang Oktober im Hotel de la Paix lebten. Nummer vier in dem Quartett allerdings, Sieglinde Hofmann, ist nach wie vor spurlos verschwunden.

Herold: „Bei aller Skepsis, die Gesamtbilanz ist positiv.“

KOMMUNISTEN

Wieder auf Null

Dem Parteisplitter KPD, einer der gewalttätigsten K-Gruppen, droht Auflösung: Die Mitglieder bleiben weg, das Geld bleibt aus.

Der Feind stand in Ost und in West. In der kapitalistischen Bundesrepublik half nur der „bewaffnete Volkskrieg“ gegen die „herrschende Bourgeoisie“, und international ortete die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) den Gegner in der „sozialimperialistischen Supermacht“ Sowjet-Union und deren „Agenturen“.

Nun hadern die Kader der „Arbeiterpartei“ vor allem mit sich selber. „Unser Anspruch, die Partei der Arbeiterklasse aufzubauen“, so räumen sie ein, „ist gescheitert.“ Und schuld daran ist nicht allein, wie kritische Genossen sagen, „der führende Kern der Partei“, sondern erstmals ganz generell die „Unfähigkeit, die gesellschaftlichen Bewegungen und deren politischen Ausdruck zu verstehen“.

Solch bittere Einsicht im Zentralorgan „Rote Fahne“ (Auflage 5000) bewegt einen späten Ausläufer der Apobewegung, der, obwohl er nie mehr als tausend Mitglieder zählte, für die ganz Linken im Lande doch wohl die größte Anziehungskraft besaß: Bei der letzten Bundestagswahl, 1976, bekam die Partei unter allen K-Gruppen die meisten Zweitstimmen, immerhin 22 714.

Sechs Jahre zuvor hatten die Großbürgersöhne Christian Semler und Jürgen Horlemann, ehemals Wortfüh-



KPD-Sturm auf das Bonner Rathaus (1973): „Kopf über den Kopf gewachsen“



KPD-Gründer Horlemann, Semler (r.): „Unser Anspruch ist gescheitert“

rer im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), den Zirkel gegründet. Und weil nach dem Verbot der alten KPD durch das Bundesverfassungsgericht 1956 die DKP in der Nachfolge „an alle Fehler“ anknüpfte, verstand sich die Gruppe ungeniert als rechtmäßiger Erbe der Partei von Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann.

Seitdem konkurrieren gleich vier „Vortrupps der Arbeiterklasse“ um die richtige Auslegung des Marxismus-Leninismus:

- ▷ In Frankfurt residiert der prochinesische „Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW), dessen Unternehmensgruppe Kühl KG auf Kosten seiner Anhänger inzwischen ein Millionenvermögen erwirtschaftete; die knapp 2500 Mitglieder starke Polit-Sekte stellt derzeit die stärkste K-Formation.
- ▷ Nach Albanien, „dem Vaterland aller Werktätigen“, orientiert sich die „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten/Leninisten“ (KPD/ML) mit rund 600 Genossen; die Splittergruppe des Politikämpfers Ernst Aust, 56, hat im neuen Parteistatut jeglichen Hinweis auf Mao Tse-tung gestrichen und kritisiert den früheren Verbündeten China als „revisionistisch“.
- ▷ Der überwiegend in Hamburg vertretene „Kommunistische Bund“ (KB) beruft sich immer noch auf den Großen Vorsitzenden, hat sich indessen Ende 1979 gespalten; das „Leitende Gremium“ schloß 200 Anhänger, rund ein Drittel der Mitglieder, aus, weil sie sich den „Grünen gegenüber zu opportunistisch“ angebiert hätten.

▷ Die „Kommunistische Partei Deutschlands“ schließlich hat ihr Hauptquartier in Köln, ist aber in sechs Regionalgruppen aufgeteilt. Die Partei ordnete sich, bis sie die innere Balance verlor, der jeweiligen Linie Chinas unter.

Eine führende Position unter den ideologisch zerstrittenen Sozialisten hatte sich die KPD von Anfang an in Sachen Gewalt erstritten. Apo-Veteran Semler war schon mit von der Partie, als im November 1968 Demonstranten vor dem Berliner Landgericht der Polizei eine wüste Steinschlacht lieferten. Im Frankfurter Westend übten sich 1973 „die Politrockers“ (Polizei-Jargon) anlässlich einer Demonstration gegen Bodenspekulanten im Gemenge mit Ordnungshütern „für kommende revolutionäre Arbeiterkämpfe“.

Zum großen Schlag holten Semler und Genossen dann im April 1973 aus. Beim Besuch des südvietnamesischen Präsidenten Nguyen Van Thieu stürmten die Maoisten das Bonner Rathaus und warfen die Beamten aus dem Hause. Die anschließende Hauerei mit der Polizei erbrachte eine halbe Million Mark Sachschaden und über 50 Verletzte.

Als die KPD-Führung für den kurz darauf anstehenden Staatsbesuch des sowjetischen Generalsekretärs Breschnew, den „Häuptling der Sozialimperialisten“, einen „noch heißeren Empfang“ versprach, griff die Bundesanwaltschaft ein.

Die Strafverfolger stuften die „Partei der Arbeiterklasse“ als „kriminelle Vereinigung nach Paragraph 129 des Strafgesetzbuches“ ein und ließen von der Polizei die Filialen ausräumen. Semler und Horlemann wurden verhaftet.

Der Bundesgerichtshof hingegen befand nach einer Klage der Maoisten, die KPD sei als Partei anzusehen und genieße „damit den vom Grundgesetz den politischen Parteien... garantierten Schutz vor Eingriffen der staatlichen Gewalt“.

Dennoch ging es, allem Schutz zum Trotz, von da an rapide abwärts mit dieser Partei. In ideologische Bedrängnis wurde sie durch den Sturz der chinesischen „Vierbände“ und den innenpolitischen Kurswechsel Pekings gebracht. Die offensive Außenpolitik des neuen Parteichefs Hua Kuo-feng, die Besuche der chinesischen KP-Spitze beim verhassten Schah in Teheran oder auch im kapitalistischen Bonn — so etwas konnten die Genossen an der Basis nicht mehr nachvollziehen.

An solch grundsätzlicher Irritation änderte selbst eine Einladung der KPD-Spitze nach China nichts. Eine geplante Verbrüderung mit der ebenfalls von Peking enttäuschten KPD/ML scheiterte an der Frage, wer nach einem Zusammenschluß nun das Sagen haben sollte.

Im Inland schlug auch der Versuch fehl, sich neben Bunten und Grünen als ökologischer Bewahrer zu präsentieren. Zwar prügeln sich KPD-Aktivistinnen in Brokdorf und Grohnde an vorderster Front; doch als Umweltschützer die Bremer KPD-Genossen zum Protest gegen den Besuch des chinesischen Vize-Premiers Fang Yi im Kernkraftwerk Esenshamm baten, blieben die Mitstreiter zu Hause: Das ging, bei allem Streit mit den Pekinger Genossen, denn doch zu weit.

Auflösungserscheinungen in der KPD waren unverkennbar; nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes sank die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder von 900 auf knappe 400.

KPD-Ableger wie die „Liga gegen den Imperialismus“, das „Nationale Vietnam-Komitee“ oder die „Rote Hilfe e. V.“ gingen mangels personeller Masse ein. An den Universitäten kam der kurzweilige Einfluß der studentischen Organisation KSV wieder auf Null.

Erheblichen Anteil an dem Schrumpfprozeß hatte das patriarchalische Gehabe der Führungsleute. Ein Abgesprungener beschreibt die ständige Leibesnähe: „Die haben richtig Terror ausgeübt. Sie kamen in die Wohnung, um zu kontrollieren, was ich mache. Manchmal stand einer vor dem Haus und beobachtete, ob ich zu Hause bin. Die haben nicht akzeptiert, daß ich Examen machte.“

Nicht nur der Absprung von Mitgliedern aber hat Anfang des Jahres im Zentralkomitee dieser KPD die Einsicht gefördert, „lebendige Arbeits- und Lebenszusammenhänge der Genossen zerrissen“ und Kader lediglich „hin und her geschoben“ zu haben. Die KPD plagen auch finanzielle Probleme.

Im Dezember beispielsweise bereitete die Redaktion des Parteiblattes „Rote

* 1974 auf dem Parteitag in Köln.

Fahne“ alle „Leser, Freunde und Genossen“ darauf vor, daß die Wochenzeitung nur noch alle 14 Tage erscheinen wird — nachdem ihre Auflage von einst 15 000 auf ein Drittel gefallen war. Bald darauf schmetterten die Grünen auf ihrem Gründungsparteitag in Karlsruhe den Versuch der K-Gruppen ab, die Umweltschützer-Partei „als autonome Blocks“ (Rudolf Bahro) zu unterwandern und damit womöglich die immer schmalere Basis zu erweitern.

So bleibt der KPD auf ihrem dritten Parteitag im kommenden Frühjahr nur mehr die Überlegung, „wer wir sind und wohin wollen wir“. Antworten darauf hat die „Rote Fahne“ bereits gegeben: „Heute, wo sich nur einige hundert Genossen zur KPD bekennen, liegt deutlich eigentlich auf der Hand, daß uns die Gebilde unseres Kopfes über den Kopf gewachsen sind... Daraus kann nur folgen, die KPD auf dem dritten Parteitag aufzulösen.“

PROZESSE

Neue Maßstäbe

Das Kölner Urteil gegen die NS-Täter Lischka/Hagen/Heinrichsohn wird im Ausland als Resultat eines „Musterprozesses dieser Art“ gewürdigt.

Am Montagnachmittag letzter Woche schlitze Ludwig Berberich, Verwaltungschef im fränkischen Bürgstadt, einen Umschlag auf. Den Brief hatte Bürgermeister Ernst Heinrichsohn, 59, tags zuvor mit klarer Anweisung deponiert: „Öffnen Sie das Kuvert nach der Urteilsverkündung.“

Die schriftliche Hinterlassenschaft des Rechtsanwalts und Kommunalpolitikers — sein Rücktritt als Bürgermeister und sein Austritt aus der CSU — wurde wirksam, unmittelbar nachdem Heinrichsohn und zwei Mitangeklagte der Beihilfe zum Mord an französischen Juden für schuldig befunden worden waren.

Nach 29 Verhandlungstagen verurteilte die 15. Große Strafkammer des Landgerichts Köln den Bürgermeister Heinrichsohn (Wahlergebnis 1978: 93 Prozent der gültigen Stimmen) zu sechs Jahren Gefängnis. Für den sauerländischen Geschäftsführer Herbert Martin Hagen, 66, erkannte das Gericht auf zwölf Jahre, für den Kölner Rentner Kurt Lischka, 70, auf zehn Jahre.

Selten hat ein deutsches Gericht so viel Respekt für ein Urteil erfahren, noch dazu in einem NS-Prozeß.

Es setzte „neue Maßstäbe“, so der „Zentralrat der Juden in Deutschland“. „Einen weiteren Schritt zur Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich“ sah Jean-Pierre Bloch,

Präsident der „Internationalen Liga gegen Rassismus und Antisemitismus“.

Israels Regierung zollte Beifall. „Das Urteil gegen Lischka“, befand ein Sprecher in Jerusalem, „hat den langen, unwürdigen Kreis von Vernachlässigung und Verzögerung in der Behandlung von Nazi-Prozessen in Deutschland durchbrochen.“

Auch in Frankreich wurde plötzlich die deutsche Justiz neu gesehen. So viel Genugtuung über einen „Musterprozeß dieser Art“, wie der sozialistische Pariser „Le Matin“ schrieb, verdrängte fürs erste sogar die Erinnerung an die beschämende Vorgeschichte des Prozesses und das Unbehagen darüber, daß

ger Zwangsarbeit verurteilt worden waren.

Die deutsche Justiz durfte aufgrund der Pariser Verträge von 1954 keinen verfolgen, der von den Alliierten bereits verurteilt worden war, und Artikel 16 des Grundgesetzes schützte sie vor der Auslieferung. Erst 1971 wurde ein „Zusatzabkommen“ vereinbart, das vier Jahre lang im Auswärtigen Ausschuß schmorte; im Bundestag, so der Kölner Richter Heinz Faßbender, „wurde dumm herumgeredet“.

Faßbender, wie Serge Klarsfeld Jahrgang 36, zeigte, ungewöhnlich für einen deutschen Juristen, persönliche Betroffenheit, als er das Urteil gegen



Verurteilte Heinrichsohn, Lischka, Hagen: Bald Karte aus Südamerika?

das Kölner Verfahren erst 34 Jahre nach Kriegsende begann.

Der Hartnäckigkeit des Moralisten Serge Klarsfeld aus Paris und seiner Frau Beate war es zu verdanken, daß die Taten von Lischka und Kumpanen überhaupt wahrgenommen wurden. Was irgendwo noch in Archiven über die Greueltaten der Deutschen greifbar war, die Klarsfeld gruben es aus.

Anders als die Richter im Majdanek-Prozeß, der sich ins fünfte Jahr schleppt, konnten die Kölner Kollegen überwiegend auf Dokumente zurückgreifen. Diese belegten akribisch die Mitschuld von Lischka/Hagen/Heinrichsohn bei der Deportation von 73 000 Juden nach Auschwitz, von denen wenigstens 40 000 sofort in die Gaskammern geschickt wurden.

Jahrzehntelang waren die Kölner Angeklagten als angesehene Bürger unbehelligt geblieben — obwohl Lischka und Hagen in Abwesenheit von französischen Militärgerichten zu lebenslan-

die Akademiker-Kollegen und ehemaligen SS-Leute begründete: „Von jedem anderen Täter... kann man sich distanzieren, von Ihnen nicht“ (siehe Kasten Seite 48).

Doch Faßbender warnte auch vor dem Trugschluß, daß es sich bei den Angeklagten um die „erste Garnitur der Endlöser in Frankreich“ gehandelt habe. Denn die ist nicht mehr greifbar.

SS-Hauptsturmführer Theodor Dannecker, Leiter des Judenreferats beim Sipo- und SD-Befehlshaber in Paris, Eichmanns wichtigster Organisator in Frankreich, hat den Krieg nicht überlebt.

SS-Obergruppenführer Carl Albrecht Oberg, General der Polizei und von den Franzosen „Le boucher de Paris“ („Der Schlächter von Paris“) genannt, wurde 1954 zum Tode verurteilt, begnadigt und 1962 in die Bundesrepublik entlassen — er starb 1965 in Flensburg.

Nur Helmut Knochen, 69, einst SS-Standartenführer und Lischkas unmit-